

N i e d e r s c h r i f t

**der 38. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 23.01.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:03 Uhr bis 17:06 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand		
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	Vertreterin für Herrn Hendrik Lange
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	Vertreter für Herrn Johannes Krause
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Vertreter für Herrn Tom Wolter
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Frau Sabine Ernst	Verwaltung	
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung	
Herr Drago Bock	Verwaltung	
Frau Anja Schneider	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Herr Johannes Krause	SPD
Herr Tom Wolter für Halle	MitBÜRGER

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 38. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass im letzten Jahr erhebliche Rückstände aufgenommen worden und sicherte für den nächsten Monat zu, alle offenen Niederschriften nachzuholen, so dass ein geordneter Rhythmus einkehre.

TOP 5.1 Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10931
Beschlussvorlage von der Verwaltung zurückgezogen

TOP 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291
abgesetzt, Bezugsvorlage von Verwaltung zurückgezogen

TOP 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10931) – hier: Mitgliedschaft im Klima-Bündnis
Vorlage: V/2012/11329
abgesetzt, Bezugsvorlage von Verwaltung zurückgezogen

TOP 5.1.3 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)", Vorlage: V/2012/10931
Vorlage: V/2013/11345
abgesetzt, Bezugsvorlage von Verwaltung zurückgezogen

TOP 5.1.4 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Wöllenweber (FDP-Fraktion) zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)", Vorlage: V/2012/10931
Vorlage: V/2013/11411
abgesetzt, Bezugsvorlage von Verwaltung zurückgezogen

- TOP 5.2 Resolution zur Entlastung von nächtlichem Fluglärm
Vorlage: V/2012/11175
abgesetzt, gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.3 Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle
(Saale)
Vorlage: V/2012/11173
*abgesetzt, im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten
vertagt*
- TOP 5.5 Vorbereitung des Antragsverfahrens für Kitas im Rahmen des
Programms STARK III - EFRE, Phase 2
Vorlage: V/2012/11343
abgesetzt, gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.6 Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept
Vorlage: V/2012/10948
*abgesetzt, Ausschuss für Planungsangelegenheiten soll die
Möglichkeit der Beschlussempfehlung erhalten*
- TOP 6.1 Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt und Raik Müller (beide CDU-
Fraktion) zur Illumination der Pauluskirche
Vorlage: V/2012/11076
abgesetzt, vom Antragsteller zurückgestellt
- TOP 6.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur temporären Installierung mobiler
Fahrradabstellanlagen auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2012/11066
abgesetzt, gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 6.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum
vereinfachten Informationszugang für Bürgerinnen und Bürger durch
freiwillige Bereitstellung amtlicher Informationen im Internet
Vorlage: V/2012/11262
abgesetzt, im Finanzausschuss zurückgestellt

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, informierte, dass auf Wunsch des Finanzausschusses zu TOP 6.2

Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung
Vorlage: V/2012/11263

eine Stellungnahme des Rechtsamtes vorgelegt wurde.

Es gebe zwei verschiedene Voten zu diesem Antrag. Der Jugendhilfeausschuss stimmte mehrheitlich dafür, der Finanzausschuss hingegen lehnte den ersten Absatz ab, wobei der zweite Beschlusspunkt dessen Zustimmung fand. In Verbindung mit der vorgelegten Stellungnahme des Rechtsamtes könne aus seiner Sicht die Sachlage geklärt werden.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte nach, ob die TOP 6.2, TOP 6.4, TOP 6.5, TOP 6.6 und TOP 6.8 abgesetzt wurden und aus welchen Gründen TOP 6.6 der *Antrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE.) zu aufgearbeiteten Daten für eine partizipative Lokalpolitik* Vorlage: V/2012/11069 abgesetzt wurde.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, erklärte, dass besprochen wurde, den Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM TOP 6.2 abzusetzen, er solle zusammen mit dem Antrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte, Fraktion DIE LINKE, TOP 6.6, behandelt werden, da sie inhaltlich ähnlich seien.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, widersprach.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wies darauf hin, dass der Antrag im Ausschuss für Planungsangelegenheiten neu behandelt werden soll, da bei der Abstimmung ein Fehler gemacht wurde.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE äußerte, dass der Antrag seiner Meinung nach zurückgezogen sei.

Herr Häder sagte, dass der Antrag nicht zurückgezogen wurde. Auch seien die Anträge inhaltlich nicht gleich, so dass der Antrag von Frau Dr. Sitte unter TOP 6.6 auf den Stadtrat zulaufen könne, um dort behandelt zu werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand fragte nach weiteren Anmerkungen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, wies zu der Diskussion über TOP 6.7 den *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum vereinfachten Informationszugang für Bürgerinnen und Bürger durch freiwillige Bereitstellung amtlicher Informationen im Internet*, Vorlage: V/2012/11262 hin, dass nach der gestrigen Finanzausschusssitzung nochmals das Protokoll des Ausschusses für Planungsangelegenheiten geprüft wurde und erneut zu der Feststellung kam, dass der Fraktionsvertreter den Antrag zurückgezogen habe.

Herr Häder merkte an, den Antrag erneut zu stellen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand fragte, ob es weitere Anträge zur Veränderung der Tagesordnung gebe?

Herr Häder verneinte die Frage des Oberbürgermeisters, wies jedoch darauf hin, dass die Verwaltung den Antrag als erledigt betrachtet und die Fraktion diesen dann erneut stellen würde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, merkte an, dass die Absetzung des TOP 6.7 noch einmal im Planungsausschuss besprochen werden müsse.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift *abgesetzt*
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 05.12.2012
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10931 *abgesetzt*
 - 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291 *abgesetzt*
 - 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10931) – hier: Mitgliedschaft im Klima-Bündnis
Vorlage: V/2012/11329 *abgesetzt*
 - 5.1.3 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)", Vorlage: V/2012/10931
Vorlage: V/2013/11345 *abgesetzt*
 - 5.1.4 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Wöllenweber (FDP-Fraktion) zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)", Vorlage: V/2012/10931
Vorlage: V/2013/11411 *abgesetzt*
 - 5.2. Resolution zur Entlastung von nächtlichem Fluglärm
Vorlage: V/2012/11175 *abgesetzt*
 - 5.3. Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11173 *abgesetzt*
 - 5.4. Baubeschluss zum Neubau der Kindertagesstätte Schimmelstraße 7 mit Mitteln des Programms STARK III - Modellvorhaben
Vorlage: V/2012/11325
 - 5.5. Vorbereitung des Antragsverfahrens für Kitas im Rahmen des Programms STARK III - EFRE, Phase 2
Vorlage: V/2012/11343 *abgesetzt*
 - 5.6. Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept
Vorlage: V/2012/10948 *abgesetzt*
 - 5.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept" (Vorlagen-Nummer: V/2012/10948)
Vorlage: V/2012/11330 *abgesetzt*
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 6.1. Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur Illumination der Pauluskirche
Vorlage: V/2012/11076 *abgesetzt*
 - 6.2. Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung
Vorlage: V/2012/11263
 - 6.3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur temporären Installierung mobiler Fahrradabstellanlagen auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2012/11066 *abgesetzt*
 - 6.4. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu Vorlagen in Session
Vorlage: V/2012/11185
 - 6.5. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Gefahrenabwehrverordnung
Vorlage: V/2012/11057
 - 6.6. Antrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE.) zu aufgearbeiteten Daten für eine partizipative Lokalpolitik
Vorlage: V/2012/11069
 - 6.7. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum vereinfachten Informationszugang für Bürgerinnen und Bürger durch freiwillige Bereitstellung amtlicher Informationen im Internet *abgesetzt*
Vorlage: V/2012/11262 *abgesetzt*
 - 6.8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beendigung der Videoüberwachung des Marktplatzes
Vorlage: V/2012/11269
 - 6.8.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beendigung der Videoüberwachung des Marktplatzes
V/2012/11269
Vorlage: V/2012/11319
 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 8. Mitteilungen
 - 8.1. Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut 2012
Vorlage: V/2012/11301
 10. Anregungen
-

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand wies nochmals darauf hin, dass keine Niederschrift vorliegt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 05.12.2012

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand teilte mit, dass keine Beschlüsse vorliegen.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.4 Baubeschluss zum Neubau der Kindertagesstätte Schimmelstraße 7 mit Mitteln des Programms STARK III - Modellvorhaben
Vorlage: V/2012/11325**

Die Mitglieder des Hauptausschusses verständigten sich darüber, dass diese Beschlussvorlage gleiche Voten in den Fachausschüssen habe, so dass eine Behandlung im Hauptausschuss nicht erforderlich sei.

Abstimmungsergebnis: **abgesetzt**
gleiche Voten in den Fachausschüssen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Ausführung des Ersatzneubaus einer Kindertagesstätte in der Schimmelstraße 7. Die Realisierung erfolgt gemäß der Richtlinie des Ministeriums für Finanzen zu STARK III und vorbehaltlich des Fördermittelbescheides.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.2 Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung Vorlage: V/2012/11263

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, äußerte, dass im gestrigen Finanzausschuss über dieses Thema bereits ausführlich gesprochen wurde und erklärte, dass die Änderung aus dem Jugendhilfeausschuss zu Beschlusspunkt 2 für die Verwaltung unproblematisch sei.

Die Stellungnahme des Rechtsamtes, welche das Erstellen der Kriterien für die Ermessensbindung beinhaltet, wurde zur Einsichtnahme verteilt, diese sei nochmals überarbeitet und aktualisiert.

Es ist davon auszugehen, dass der jetzige Antrag nicht mit dem Landesgesetz vereinbar sei, so auch die entsprechende Stellungnahme des Fachbereichs Recht.

Der Beschlusspunkt 1 wurde im gestrigen Finanzausschuss abgelehnt, hingegen wurde diesem im Jugendhilfeausschuss zugestimmt, so dass vom Hauptausschuss ein Votum erforderlich sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
5 Ja
7 Nein
0 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Richtlinie über die Finanzierung der Leistungs- und Qualitätssicherung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) zur Erstattung der notwendigen Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) gemäß § 11 (4) KiföG vom 12.11.2004, Stadtratsbeschluss vom 26.03.2008 (Beschluss – Nr.: IV/2007/06566), wird in § 5.4 Eigenanteil Absatz 2 wie folgt geändert:

Geänderte Regelung (kursiv und fett gedruckt):

1.

„Gemäß § 11 Absatz 4 KiföG bemisst sich der Eigenanteil von in der Regel bis zu 5 v. H. an den notwendigen Gesamtkosten.“

Der Eigenanteil der freien Träger in der Stadt Halle (Saale) wird auf 0,3% der notwendigen Gesamtkosten 1,3% der notwendigen Sachkosten (Sachkosten = Gesamtkosten abzüglich Kosten pädagogischem Personal) festgelegt. Diese Regelung gilt für die Jahre 2012 und 2013.“

Wenn durch den Träger nachgewiesen wird, dass seine wirtschaftliche Kraft nicht ausreicht, kann auf Antrag gegenüber der Stadt Halle (Saale), Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, ein niedrigerer Eigenanteil angesetzt werden“.

2.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt Kriterien, die zur Bemessung der wirtschaftlichen Kraft von Trägern zu Grunde gelegt werden, zu erarbeiten und dem Jugendhilfeausschuss zum Beschluss vorzulegen.

**zu 6.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu Vorlagen in Session
Vorlage: V/2012/11185**

Herr Gerry Kley, FDP-Fraktion, bat die Verwaltung, sich zum Sachverhalt zu äußern.

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, Verwaltung, erklärte, dass es insgesamt sinnvoll sei, mit Versionsnummern zu arbeiten. Jedoch stellte sich heraus, dass SESSION in den bestehenden Möglichkeiten starr sei.

Es bestünde tatsächlich die Möglichkeit, Versionsnummern einzuführen, jedoch könne man nur eine Version an die vorangegangene koppeln. Dies bedeute, dass wenn eine Version gebildet werde, so ist diese an die Beschlussvorlage gebunden. Sollte jedoch eine zweite Version einer Vorlage erforderlich sein, so kann diese nur an die erste Version gebunden werden und nicht an die Ausgangsvorlage.

Man baue damit eine Kette auf, die es bei mehreren Versionen unmöglich mache, die Ursprungsvorlage zu lokalisieren.

Der Vorschlag der Verwaltung sieht eine Versionsbenennung vor. Einheitlichkeit bei der Namensgebung bzw. den Versionen soll eingeführt werden. Außerdem sollen zukünftig alle Versionen angezeigt werden.

Herr Paulsen merkte an, dass damit eine Darstellung aller Versionen erwirkt werde und durch die stringente Bezeichnung die unterschiedlichen Versionen ersichtlich seien.

Diese Veränderungen würde die Verwaltung gern koppeln mit einer weiteren Neuerung. Änderungsanträge sollen an die Beschlussvorlagen und Anträge gebunden werden.

Aus Sicht der Verwaltung stelle dies das Maximum dar, welches man aus dem System SESSION nehmen könne.

Herr Paulsen bot an, bis zur Stadtratssitzung eine schriftliche Stellungnahme zu erarbeiten.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, ob damit gewährleistet sei, dass die zur Sitzung geladenen Unterlagen Namensbezeichnungen haben, da bisher Dateibezeichnungen gegeben werden.

Herr Kley bat um eine schriftliche Beantwortung bis zur Stadtratssitzung und sagte zu, diesen Antrag für erledigt zu erklären.

Herr Bönisch fragte in diesem Zusammenhang, ob auf die Benennung einzelner Tagesordnungsunterpunkte verzichtet werden könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand nahm die Anregung auf und sagte zu, SESSION dahingehend zu prüfen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **beraten**

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) prüft die Modifizierung der Vorlagennummern mit dem Ziel, Änderungen bereits anhand der Vorlagennummer nachvollziehen zu können.

**zu 6.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur
Gefahrenabwehrverordnung
Vorlage: V/2012/11057**

Herr Gerry Kley, FDP-Fraktion, merkte an, dass es unterschiedliche Voten gab und er keine Erklärung dafür finde, weshalb der Jugendhilfeausschuss sich dagegen aussprach.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
9 Ja
3 Nein
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) prüft im Rahmen der Gefahrenabwehrverordnung die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen und Maßnahmen zur Reduzierung des Taubenbestandes.

**zu 6.6 Antrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE.) zu
aufgearbeiteten Daten für eine partizipative Lokalpolitik
Vorlage: V/2012/11069**

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand fragte nach Wortmeldungen.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass seine Fraktion in der Vergangenheit bereits einen Antrag zu Open Data gestellt habe, woraufhin die Verwaltung ein entsprechendes Konzept vorgelegt habe.

Der vorliegende Antrag sei seines Erachtens sehr offen formuliert und deshalb frage er die Verwaltung, ob aus ihrer Sicht noch Aktivitäten hinzuzufügen seien oder ob mit dem bereits beschlossenen Antrag alles abgedeckt sei.

Herr Geier, Bürgermeister, bestätigte, dass mit dem bereits beschlossenen Antrag alles abgedeckt sei.

Herr Weihrich äußerte, dass der Antrag damit erledigt sei.

Herr Geier wies darauf hin, dass noch zu klären sei, wie die Ausgestaltung erfolgen solle.

Er bat hierzu mit dem amt. Fachbereichsleiter Verwaltungsmanagement, Herrn Dr. Furchert, erneut Rücksprache zu nehmen, da noch abzuklären sei, welchen Einfluss Open Data habe. Die Ergebnisse werde er zur nächsten Stadtratssitzung mitteilen.

Herr Weihrich erklärte sich mit der Vorgehensweise einverstanden. Für ihn ist eben unklar, ob es eine Neuerung bringe.

Er merkte an, dass Gründe für die Antragstellung darin liegen könnten, dass Lücken festgestellt wurden. Als Beispiel führte er die Anträge zu den Veröffentlichungen von Bebauungsplänen im Internet auf.

Herr Dr. Meerheim , Fraktion DIE LINKE., machte deutlich, dass er auf Grund der Abwesenheit der Antragstellerin keine Befugnis habe, sich zu dem Antrag zu äußern.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand beendete die Diskussion und bat um Abstimmung des Antrages.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mehrheitlich zugestimmt
	8 Ja
	0 Nein
	4 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. Ein Konzept zu entwickeln, wie Daten aus Sessionnet und anderen öffentlichen Quellen transparent für Bürgerinnen und Bürger dargestellt werden können.
2. Dafür sollen schon veröffentlichte, in Vorbereitung befindliche Ratsvorlagen, Bebauungspläne und ähnliches mit Schlagworten versehen, georeferenziert und in einer Karte anschaulich nach Stadtteilen und Straßen sortiert werden.
3. Die Aufarbeitung ist auf der Homepage der Stadt anschaulich zu zugänglich zu machen.

zu 6.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beendigung der Videoüberwachung des Marktplatzes
Vorlage: V/2012/11269

zu 6.8.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beendigung der Videoüberwachung des Marktplatzes V/2012/11269
Vorlage: V/2012/11319

Herr Schreyer, amt. Fachbereichsleiter Recht, merkte an, dass er sich zu der Problematik Änderungsanträge äußern wolle.

In dem vorliegenden Fall spreche sich der ursprüngliche Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN für eine Beendigung der Videoüberwachung auf dem Marktplatz aus.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion spreche sich für die weitere Videoüberwachung des Marktplatzes aus.

Damit liegt keine Änderung, sondern eine Negation des Ursprungsantrages vor.

Es handele sich damit um den Gegenstand der Beschlussfassung des ursprünglichen Antrages.

Daraus ergibt sich, dass kein zulässiger Änderungsantrag vorliegt. Darüber hinaus setze sich der Änderungsantrag für die Erneuerung der Technik ein. Dies stellt wiederum, bei Beibehaltung der Videoüberwachung, einen neuen Antrag dar.

Herr Schreyer wies ausdrücklich darauf hin, dass der vorliegende Änderungsantrag nicht zulässig sei. Er wies darauf hin, dass der Stadtrat sich für die Beendigung der Videoüberwachung des Marktplatzes aussprach.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, merkte an, dass man sich streng juristisch darauf beziehen könne. Seiner Meinung nach ginge es um die Videoüberwachung und dies stelle aus seiner Sicht den Gegenstand des Antrages dar.

Herr Schreyer, Fachbereichsleiter, stimmte Herrn Bönisch zu.

Herr Bönisch äußerte, dass man die Möglichkeit habe, den Änderungsantrag formal zurückzuziehen. Er fügte seine Aussagen hinzu, dass bei Zustimmung des Antrages der Änderungsantrag hinfällig sei. Sollte der Antrag jedoch abgelehnt werden, müsse im kommenden Monat ein neuer Antrag gestellt werden, wonach die Polizei gebeten werde, dass die Technik erneuert werde.

Er stellte die Frage, ob jemand klagen würde, da es sich offensichtlich um einen ungültigen Änderungsantrag handele.

Herr Schreyer merkte an, dass die Beschlussfassung dem Rat obliege. Er habe die Mitglieder des Hauptausschusses über die Zulässigkeit informieren wollen.

Herr Schreyer führte fort, dass es in der Vergangenheit bereits mehrmals Nachfragen bezüglich der Zulässigkeit von Änderungsanträgen gegeben habe. Er schlug vor, sich auf eine einheitliche Verfahrensweise für Änderungsanträge zu einigen.

Es handele sich hierbei um eine juristische Auffassung.

Herr Kley, FDP-Fraktion, stellte die Zuständigkeit des Rates in Frage.

Es handele sich hierbei um eine polizeiliche Maßnahme und diese seien durch Landesgesetz geregelt.

Er fragte, ob die Entscheidung von so hoher Bedeutung sei, dass sie dem Rat zuzuteilen wäre, obwohl er hierfür nicht zuständig ist.

In der Vergangenheit wurden des Öfteren Beschlüsse gefasst, wie beispielsweise „Atomwaffen freie Zone“. Er fragte, ob zukünftig Dinge beschlossen werden sollen, für die der Stadtrat nicht zuständig sei.

Im Weiteren verständigten sich die Mitglieder des Hauptausschusses über Beschlüsse und Petitionen, die in der Vergangenheit der Stadtrat beschlossen habe.

Herr Kley fragte, ob die Stadt in dieser Angelegenheit zuständig sei und hätte der Beschluss des Stadtrates eine Auswirkung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ging im Folgenden auf die Fragen von Herrn Kley ein.

Es sei festzustellen, dass es sich in diesem Fall um übertragenen Wirkungskreis handele, damit sei der Stadtrat nicht zuständig.

Er informierte, dass die Verwaltung sich bereits mit der Polizei in Verbindung gesetzt habe und eine lange Diskussion erfolgte.

Die Polizei stellte dar, dass es sich um eine ausschließliche Zuständigkeit der Polizei handele und nicht die des Stadtrates.

Die Verwaltung habe versucht, auf die Polizei einzuwirken und fragte nach der Positionierung der Polizei. Weiterhin wurde nach den Möglichkeiten gefragt.

Es wurde eindeutig gegenüber der Verwaltung geäußert, dass die Videoüberwachung ausschließlich in die Zuständigkeit der Polizei falle.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand hob hervor, dass die Verwaltung versucht habe auf die Polizei einzuwirken. Dementsprechend habe sich der Antrag erledigt. Ansonsten müsse er klar im Stadtrat dagegen vorgehen, dass der Antrag unzulässig sei, weil es sich hierbei um den übertragenen Wirkungskreis handele und damit nicht in die Kompetenz des Stadtrates falle.

Herr Kley widersprach den Äußerungen von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand und sagte, dass es sich hierbei nicht um den übertragenen Wirkungskreis handele. Es liegt keinerlei kommunale Zuständigkeit vor, weder im eigenen noch im übertragenen Wirkungskreis. Die Polizei stellt eine Landesbehörde dar. Als Stadt habe man hierauf keinerlei Einflussmöglichkeiten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass es sich bei dem SOG um den übertragenen Wirkungskreis handele. Damit liege die Zuständigkeit nicht beim Stadtrat. In diesem Falle gehe es darum, dass das SOG ausschließlich polizeiliche Zuständigkeit vorsieht. Dies sei explizit im SOG geregelt. Aus diesem Grund habe er die Verfahrensweise vorgeschlagen mit der Bitte, den Antrag für

erledigt zu erklären, ansonsten müsste mitgeteilt werden, dass der Antrag nicht zulässig sei.

Herr Häder könne die hervorgebrachten Argumente bezüglich der Nichzuständigkeit des Stadtrates nachvollziehen, jedoch sei der Antrag aus seiner Sicht so formuliert, dass er zulässig sei, weil er nicht darauf abzielt, dass der Abbau der Videoüberwachung gefordert werde. Der Stadtrat spreche sich lediglich für etwas aus.

Der Antrag sage aus seiner Sicht nichts anderes aus, als dass der Oberbürgermeister aufgefordert werde, zum zuständigen Polizeipräsidenten zu gehen und diesen um etwas zu bitten.

Er machte deutlich, dass er den Antrag als zulässig betrachte, da der Stadtrat nicht beschließe, dass die Videogeräte abgebaut werden, sondern vielmehr für die Beendigung ausspreche.

Herr Bönisch äußerte, dass nicht beschlossen werde, dass die Kameras abgebaut werden, sondern man beschließe, dass die Stadtverwaltung sich mit einem Ansinnen an die zuständige Polizeibehörde zu richten habe.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion habe das gleiche Ansinnen, nur mit einem anderen Inhalt, insofern handele es sich um einen Änderungsantrag bezüglich des zu vermittelnden Inhaltes.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass die Verwaltung bereits eingewirkt habe.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte in welchem Sinne die Verwaltung eingewirkt habe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schilderte, dass mit der Polizei ausführlich zu der Thematik gesprochen wurde und diese signalisierte klar, dass es sich hierbei um eine klare Zuständigkeit der Polizei handele und diese auch eigenständig darüber entscheiden.

Die Verwaltung sei somit auf die Polizei zugegangen, es wurde demnach eingewirkt.

Herr Bönisch entgegnete, dass der Verwaltung das Votum des Stadtrates noch nicht bekannt sei und demnach noch nicht eingewirkt haben könne.

Es gehe letztendlich darum, der Polizei eine Bitte heranzutragen bzw. eine Meinung kund zu tun.

Es müsste aus seiner Sicht nach Beschluss des Stadtrates der Polizei das Votum herangetragen werden. Der Änderungsantrag sei damit zulässig, dieser ändere nur den Inhalt der Ansage. Der wesentliche Gegenstand sei, dass eine Meinung kund getan werde.

Herr Oberbürgermeister Wiegand verdeutlichte nochmals, dass es sich um die Argumentation der Verwaltung handele. Aus seiner Sicht bestünden keine weiteren Probleme, so dass eine Abstimmung in der entsprechenden Reihenfolge erfolgen könne.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, merkte an, dass die Zuständigkeit der Polizei für diese Maßnahmen nicht in Frage gestellt werde und stimme damit den Äußerungen von Herrn Häder zu, dass es nur eine Meinungsäußerung des Rates sei.

Er führte im Folgenden noch einmal die Gründe für die Antragstellung auf.

Grundsätzlich handele es sich bei der Videoüberwachung um einen Eingriff in die Privatsphäre der Bürger. Es sei zudem ein Eingriff in das Grundrecht auf informationelle

Selbstbestimmung.

Es müsse für den Eingriff in die Grundrechte eine Rechtfertigungsgrundlage geben.

Die Antwort auf die Anfrage lasse keine Rechtfertigungsgrundlage erkennen, weil keine positiven Wirkungen der Videoüberwachung nachzuweisen wären.

Entscheidend seien die Körperverletzungsdelikte seit 2005, die kontinuierlich anstiegen und auf weiteren Videoüberwachungen wurde deutlich nachgewiesen, dass die Überwachungsmaßnahmen keinerlei Einfluss auf diese besonders gefährlichen Straftaten zu verzeichnen wäre.

Ebenso konnte nicht nachgewiesen werden, dass auf der Grundlage der Videoüberwachung auch andere Täter für Straftaten ermittelt werden konnten.

Dies reiche nicht aus, um den Eingriff in die Grundrechte zu rechtfertigen.

Aus diesen Gründen wurde der Antrag gestellt und bat, dem Antrag zuzustimmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand bat um Abstimmung zum Änderungsvortrag.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte nach der Zulässigkeit der Abstimmung über den Änderungsvortrag.

In einer kurzen Diskussion der Mitglieder des Hauptausschusses habe man sich darüber verständigt, dass der Änderungsantrag als Meinungsäußerung abgestimmt werde.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erinnerte noch einmal, dass auf dem Stadtrat schon 100%ige alternative Änderungsanträge abgestimmt wurden und wenn diesem Antrag einfach zugestimmt werden würde, wäre der ganze Automatismus hinfällig, es sollte nur eine Meinungsäußerung kund getan werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand bat um Abstimmung des Änderungsantrages.

**zu 6.8.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beendigung der Videoüberwachung des Marktplatzes V/2012/11269
Vorlage: V/2012/11319**

Der Änderungsantrag wurde zusammen mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beendigung der Videoüberwachung des Marktplatzes
Vorlage: V/2012/11269 besprochen und abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

5 Ja

6 Nein

1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle spricht sich für die weitere Videoüberwachung des halleschen Marktplatzes aus und beauftragt die Stadtverwaltung sich gegenüber der zuständigen Polizeidirektion für eine Erneuerung der Technik einzusetzen.

Im Folgenden bat **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung des Antrages.

zu 6.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beendigung der Videoüberwachung des Marktplatzes
Vorlage: V/2012/11269

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
4 Ja
7 Nein
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) spricht sich für eine Beendigung der Videoüberwachung des halleschen Marktplatzes aus und bittet die Stadtverwaltung auf die zuständige Polizeidirektion zwecks eines Abbaus der Kameras einzuwirken.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Auf Antrag der CDU-Fraktion erfolgte ab diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann kommen wir zu TOP 7, schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten.

Liegt nichts weiter vor.

zu 8 **Mitteilungen**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
Mitteilungen.

zu 8.1 **Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut 2012** **Vorlage: V/2012/11301**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
Zunächst Familienberichterstattung-Teilbericht, Kinderarmut.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales
Ist schriftlich ausgereicht. In allen Ausschüssen gewesen, nichts Neues darüber. Sie haben es in der Hand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
Weitere Mitteilungen?
Frau Dr. Bergner.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion
Ich weiß nicht, ob das jetzt der Verwaltung schon bekannt gegeben worden ist.
Der Kulturausschuss hat eine Stellungnahme zu dem Abschlussbericht des Kulturkonvents an den Kulturkonvent geschickt.
Eine abgestimmte, vom Kulturausschuss einstimmige beschlossene Stellungnahme, die auf Anfrage natürlich zur Verfügung gestellt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
Ok, vielen Dank.

Frau Dr. Bergner
Die auf Anfrage natürlich zur Verfügung gestellt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
Davon gehen wir aus, vielen Dank.
Weitere Mitteilungen?
Das ist nicht der Fall.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Komme ich zum Tagesordnungspunkt 9, Beantwortung von mündlichen Anfragen.
Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.

Wir hatten gestern Finanzausschuss und ein Problem und da wollte heute Herr Geier dazu Auskunft geben und da möchte ich gerne die Antwort.

Herr Bürgermeister Geier

Das hätte ich unter Mitteilungen gemacht.

Herr Dr. Meerheim

Die Mitteilungen hatten wir gerade, jetzt hier bekommen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Geier hat das Wort.

Herr Geier

zum Haushalt?

HerrDr. Meerheim

Das war zum Haushaltskonsolidierungskonzept

Herr Geier

Also wir haben gestern darüber diskutiert, ob ein Haushalt genehmigungsfähig wäre, wenn ein Konsolidierungskonzept nicht beiliegt.

Das ist er natürlich nicht. Das ergibt sich aber auch schon aus der Gemeindeordnung. Und jetzt muss man vielleicht noch zur Sachlage folgendes ausführen:

A: dass die Stadt ein beschlossenes Konsolidierungskonzept hat, wo teilweise Konsolidierungsmaßnahmen verankert sind.

Das ist vom April 2012, wo teilweise Konsolidierungsmaßnahmen verankert sind, die bis ins Jahr 2016 gehen.

Und dieses Konsolidierungskonzept wird jetzt auch durch eine Auftragslage in der Verwaltung, also wo alle Dezernate beauftragt sind, weitere Konsolidierungsvorschläge zu machen, weiter aktualisiert. Das heißt also, es geht hier nicht um die Frage, ob ein Konsolidierungskonzept nicht beigefügt wird, sondern es geht um die Frage, ob der Umfang des Konsolidierungskonzeptes ausreicht, um die Defizite, die da kamental und für 2012 auch doppisch aufgelaufen sind, abzudecken.

Und für diese Frage, von dem Umfang her, da geht es dann um die berühmt-berüchtigten 240 Millionen, war oder ist dieser Sparberater angedacht.

Und die Fragestellung ist jetzt schlicht und einfach die, auch noch mal nach Rückabstimmung mit dem Landesverwaltungsamt, dass jetzt in gemeinsamer Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt ein straffer Zeitplan her muss, der einfach zeigt, wie ein Sparberater zusätzlich zu den Konsolidierungsvorschlägen, die die Verwaltung bringt, weitere Konsolidierungsvorschläge macht, um dieses Gesamtdefizit abzubauen.

Und in dieser Gesamtbetrachtung fällt mit rein, wie die Stadt sich auch zu dem Thema Stark IV positioniert, weil Stark IV ja auch eine Flankierung und finanzielle Unterstützung für das Altdefizit sein soll, das heißt, wir müssen dann auch im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zum Haushalt eine klare Zeitschiene vorlegen, wann der Sparberater entsprechende Vorschläge liefert. Und das wird dann angemessen in die Abwägung des Haushaltes mit einbezogen und berücksichtigt.

Herr Dr. Meerheim

Das heißt doch aber, wenn ich Sie jetzt richtig verstehe, ich habe keine andere Antwort erwartet, weil, an dem Gesetz kommt man ja nicht vorbei, da steht es nun mal zwingend drin, das wir ein Haushaltskonsolidierungskonzept benötigen, wenn wir keinen ausgeglichenen Haushalt haben. Das im Zuge der Haushaltsberatungen für den Finanzausschuss zumindest ein solches Konzept vorliegen muss.

Und wenn wir im März dazu einen Beschluss fassen wollen im Rat, dann müssen wir darüber wenigstens mal die Möglichkeit erhalten, im Finanzausschuss, mindestens dort darüber zu beraten über diese Maßnahmen. Weil auch das Haushaltskonsolidierungskonzept, welches im April 2012 beschlossen und bestätigt wurde durch den Rat, ja inzwischen „up to Date“ ist, weil dem damaligen Haushaltskonsolidierungskonzept für die folgenden Jahre ja auch andere Zahlen zugrunde liegen, als die, wie sie heute in der Planung, in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten sind.

Also schon von daher hätte man erwartet, dass zumindest da Vorstellungen geäußert werden, dass vielleicht nicht ein vollständiges Konzept schon da liegt, dass mag man nicht akzeptieren aber Vorstellungen zumindest und vor dem Hintergrund, das haben wir ja auch gestern benannt und diskutiert. Weil wir uns einen ziemlich straffen Zeitplan vorgenommen haben, der quasi im Akkord so pro Tag oder ja doch aller zwei Tage, mit dem Wochenende dazwischen, sind wir quasi am Tagen, um den Zeitablauf März zu halten.

Wenn aber das Haushaltskonsolidierungskonzept nicht rechtzeitig vorgelegt werden kann, dann können wir den Termin gleich streichen, weil es gesetzlich gar nicht anders zulässig ist, dass wir beides oder alles zusammen alle Bestandteile der Haushaltssatzung gemeinsam beschließen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
ich darf das gleich ergänzen.

Herr Dr. Meerheim

Ja, da geht's nicht ums Ob, sondern um - ja ...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das waren die unterschiedlichen Darstellungen auch der einzelnen Häuser. Ich habe gestern mit Finanzminister Bullerjahn in Magdeburg auch darüber gesprochen.

Wenn wir alles genau in die Reihe bekommen sollen, ist es so, wie sie es dargestellt haben. Deshalb habe ich auch unverzüglich den Auftrag in die Verwaltung mit hineingegeben und mit Herrn Geier habe ich das auch abgestimmt, dass wir das Konsolidierungskonzept, das was wir haben, anpassen, erweitern und dass Sie das auch so schnell wie möglich auf den Tisch bekommen.

Und deshalb arbeiten wir momentan mit Hochdruck daran, dass die gesetzliche Voraussetzung erfüllt wird. Denn die unterschiedlichen Häuser arbeiten damit, sag ich mal, mit unterschiedlichen Ansätzen in das Entschuldungsprogramm wird federführend dann aus dem Finanzministerium kommen. Die auch zu Recht, klar natürlich auf die gesetzliche Grundlage verweisen, des Konsolidierungskonzeptes.

Und deshalb ist, sind die Aussagen, die aus dem letzten Jahr wohl gestammt haben oder mündlich zum Teil geäußert worden auch mit der Gesetzeslage nicht übereinstimmen ...

Herr Dr. Meerheim

Es wäre schön gewesen, wenn sich das Landesverwaltungsamt dazu hätte hinweisen lassen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja eben und damit wir alle Optionen offen halten, ist es eben wichtig, dass wir so schnell wie möglich Ihnen und das wir gemeinsam das Konsolidierungskonzept auch beraten und deshalb arbeiten wir mit Nachdruck momentan in der Verwaltung daran, dass Sie das so schnell wie möglich bekommen.

Herr Dr. Meerheim

Danke.

Ich habe noch eine zweite Frage oder nein, ja doch, eine zweite Frage.

Es gab ja den Tag der offenen Tür, das war sehr schön.

Auch in diesem Hause und da haben wir allerdings festgestellt, dass für die Bürger es relativ schwer war, die Fraktionen, sag ich mal, in der dritten Etage oben zu finden.

Und wir würden darum bitten, dass vielleicht hier unten im Hof zumindest und vielleicht auch ein im Fahrstuhl, noch mal einen Hinweis gegeben wird, durch eine Tafel oder was weiß ich auch immer. Der Direkthinweis, wie kommt man denn zu den oder zu denen Fraktionen. Die anderen zwei oder drei die unten sitzen, die haben es ja ganz ordentlich und bequem, da hat man so ein Hinweisschild nach oben so an der Treppe, für den Rest quasi über'n Hof nicht und ich würde einfach mal darum bitten, dass da mal so was angebracht wird, das kann nicht die Menge an Geld kosten.

Habe dann aber noch eine Frage zu unserem Beratungsraum. Als wir den damals bekommen haben und der uns übergeben wurde, wurde uns zugesagt, dass die Fenster noch einmal neu gemacht werden, weil das sind ganz alte Dinger, die sind auch nicht Denkmalgeschützt und nix.

Erstens die Frage, sind dafür Gelder beim ZGM dann eingestellt im Rahmen des Haushaltes?

Und zweitens noch eine Frage, da die Akustik in diesen großen Räumen sehr sehr „schwierig“ ist und es auch in unserer Fraktion mehrere Menschen gibt, die, ich sage mal, ein „Problem haben mit dem Hören“, ob es möglich wäre, eine variable, transportable Mikrofonanlage dort zu installieren?

Weil die Akustik noch schwerer und schlimmer als hier in den Raum ist und es ist wirklich schwer, schon wenn Sie neben jemanden sitzen und es sitzt jemand dazwischen, haben Sie große Schwierigkeiten, den zu verstehen, wenn der nach vorne spricht, nur die Frage, ob das eventuell möglich ist.

Und ja dann gab es ja noch dieses freundliche Schreiben mit der Steuerkiste hier, dass wir jetzt offiziell als Arbeitgeber für unsere Beschäftigten in den Geschäftsstellen auftreten sollen, mit einer entsprechenden Nummer beim Finanzamt, Steuernummer etc. Einige Fraktionen haben reagiert, andere haben nicht reagiert, haben Beschwerde eingelegt, sag ich jetzt mal bei der Verwaltung und wollten noch mal nachfragen lassen, wie wird denn jetzt nun insgesamt verfahren alle miteinander.

Und vielleicht können Sie zu dem Punkt dann noch mal etwas sagen, wie jetzt rechtlich die Situation für alle gleich oder ungleich ist und wie es jetzt gilt, das wir die Sache endlich vom

Tisch kriegen, weil, das schmort ja jetzt nun schon anderthalb bis zwei Jahre ständig zwischen uns und der Verwaltung hin und her.

Ach so ja, und ob da irgendwelche Kosten möglicherweise auf uns zukommen, wenn das so geregelt werden muss, wie Sie es jetzt uns vorgeschlagen haben, zusätzlich zu dem.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Zum ersten Teil, zu dem Schild, das denke ich haben wir notiert, das können wir schnell auch Abhilfe schaffen, das das auch funktioniert. Zu den anderen beiden Teilen ...

...Zwischenruf

Herr Neumann, Beigeordneter für Wissenschaft und Wirtschaft

Die beiden Sachen nehme ich mit Herr Dr. Meerheim also portable Mikrofonanlage und die Frage der Erneuerung der Fenster.

Herr Dr. Meerheim

Herr Bielecke hatte uns das zugesagt, wir wollten einfach nur noch mal daran erinnern und fragen, ob jetzt die Mittel dafür noch bereitstehen, sodass wir in der kalten Jahreszeit vielleicht dann mal anfangen kann, da neue Fenster einzubauen, weil es zieht wie Hechtsuppe da drin.

Herr Neumann

Wir haben jetzt einen genehmigten Wirtschaftsplan mit Beanstandungen, das heißt, er kann arbeiten und ich werde ihm das nochmal sagen.

Herr Dr. Meerheim

genehmigen ... , dass die nicht schön sind, sondern sie sind einfach undicht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Okay und zum letzten Teil, Herr Geier.

Herr Geier

Naja, also zum letzten Teil, ja da würde ich einfach empfehlen, dass ich mich noch mal mit jeweiligen Fraktionsvertretern zu dem Thema zusammensetze.

Ich habe dann, auf Grund der Reaktion aus unterschiedlichen Fraktionen, habe ich mir noch mal den Schriftverkehr seit 2010 angeschaut, da ist er im Wesentlichen auch über das OB Büro lief das ja von der Zuständigkeit.

Und ja also das ist tatsächlich etwas diffus und ich würde einfach vorschlagen, das man dazu noch mal einlädt, die Sache vernünftig noch mal erörtert und analysiert und dann eine Festlegung trifft, die dann auch die Vorstellungen der Fraktionen voll umfänglich abdeckt, das wäre mein Vorschlag dazu.

Herr Dr. Meerheim

könnte man das im Rahmen einer Fraktionsvorsitzendenrunde klären?

Herr Bönisch, CDU-Fraktion

Ich würde gerne, dass Sie das schriftlich darstellen, bevor wir uns treffen. Also das Sie mir eine Übersicht machen, woher kommt die Inspiration eigentlich, jetzt Bewegung reinzubringen und was bedeutet eigentlich die andere Variante, haben wir überhaupt die Spielräume oder ist das so alles jetzt zu machen, bevor wir uns unterhalten, das wir das dann selber, mit unseren eigenen Leuten dann noch mal bereden können.

Herr Geier

Ja, weil, das war, da war ich punktuell bin ich da über das Amt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Geier, okay, Danke.

Herr Geier

Ist okay, machen wir so.

Herr Kley, FDP-Fraktion

Dieses würde anregen, dass die Stadtverwaltung einfach mal prüft, ob sie nicht die Arbeitgeberfunktion ordentlich wahrnehmen kann für alle Angestellten, da brauchen wir nicht tausend Varianten prüfen. Das ist sicherlich im Interesse aller, weil die Fraktionen das einfach nicht können. Also gerade die kleinen.

Herr Geier

Gleich mal einen Hinweis geben, wo es langgehen soll

...Gelächter

Herr Geier

Der Punkt ist, das natürlich, sag ich mal, alles was da Arbeit tarifrechtlich zusammenhängt, jede Fraktion für sich nicht leisten kann, aber der Knackpunkt ist einfach, wer mit wem ein Arbeitsverhältnis eingeht.

Herr Dr. Meerheim

Aber man braucht sich doch bloß bei Magdeburg erkundigen, wie „Die“ das machen.

Herr Geier

NEIN, das ist nicht so, dass das in Magdeburg alles rund läuft.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Mein Vorschlag ist, wir machen es so, wie Herr Bönisch gesagt hat. Es kommt ein klares Votum und klare Vorlagen, wo wir diese grundsätzlichen Dinge noch mal aufarbeiten, mit der Stellungnahme und mit dem Vorschlag. Das wir eine Empfehlung machen, damit Sie da etwas Schriftliches haben. Sonst kommen wir, glaube ich, hier an dieser Stelle auch nicht weiter, das wird sonst zu unklar. Okay. Gut.

Weitere mögliche Anfragen? Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Ich wollte mal fragen, wann wir denn ab Februar umziehen werden. Es gibt ja eine sehr pauschale Ansage uns gegenüber, noch im ersten Halbjahr, soweit wie ich mich erinnert habe, erinnern kann. Das ist halt ein weites Feld. Wann ungefähr könnten wir denn damit rechnen? Gibt's jetzt nun konkretere Vorstellungen?

Herr Neumann

Also der bisherige Zeitplan sieht vor bis spätestens 1. April.

Herr Bartl, CDU-Fraktion

Und Hinweisschild.

Herr Dr. Meerheim

Mit mindestens einem.

Herr Neumann

Ganz großes Hinweisschild. Das hing jetzt ein bisschen am Wirtschaftsplan, der ist sozusagen, jetzt können wir was machen.

Herr Bönisch

Wir wollen ja gar nicht drängeln, wir sind ja unglaublich geduldig, nur die Frage wann.

Herr Neumann

Ganz klar.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Noch weitere Fragen? Anfragen? Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Ich möchte noch mal auf Ihre schriftliche Antwort zur Anfrage der SPD Fraktion nachfragen. Mal ganz allgemein.

Wie bewerten Sie denn die Bedeutung des Stellenplans, weil das, was Sie uns da jetzt mitgeteilt haben, schriftlich, ist ja alles im Prinzip nur geschrieben, was gemacht worden ist aber aus meiner Sicht, es gibt ja auch schon neue Stellenausschreibungen die, nach meinem Dafürhalten, mit einem Stellenplan nicht erklärt werden können oder wo der Stellenplan nicht zu den Ausschreibungen passt.

Und die Frage ist jetzt, sie schreiben dann zwar zum Beispiel in der Antwort „Es werden keine neuen Stellen geschaffen, die Stellenbeschreibungen werden entsprechend der neuen Hierarchieebene aktualisiert“.

Da kann ich jetzt nur sagen, schön dass sie das so wollen, aber machen müssen wir das doch oder meinen Sie, dass der Stellenplan, ich frag das ganz unvoreingenommen, der Stellenplan, ja der könnte so geändert werden, muss aber ja nicht und letztendlich braucht man ja zuerst, muss man wohl zuerst den Stellenplan haben, bevor man Änderungen, die im Rahmen liegen, vornimmt und die Ausschreibungen, die jetzt unterwegs sind, die irritieren mich da ein bisschen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also ich würde Ihnen ganz gern die Frage schriftlich beantworten und würde Ihnen auch darstellen, wie ich das Zusammenspiel, Stellenplan, Kompetenz des Rates, Kompetenz des Oberbürgermeisters in dem Zusammenhang speziell auf Stellenplan sehe und diese Antwort würde ich Ihnen ganz gern schriftlich geben, dann kann man das wunderbar nachvollziehen und dann können wir darüber sprechen.

Herr Bönisch

Okay.

Frau Ewert, SPD-Fraktion

Wir hatten ja gestern auch noch mal nachgehakt und hatten das der Verwaltung übergeben und bitten auch bis spätestens 30. um Antwort.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das wird nicht möglich sein, dass wir diese Antwort so schaffen. Sind ja wieder etliche Fragen aufgeworfen, die zum Teil schon beantwortet waren mit der Anfrage.

Wir gleichen das ab und wenn wir so weit sind, kriegen Sie die Antwort, selbstverständlich. Aber wir, Sie kommen ... es ist eine neue Antwort, eine neue Anfrage und sie wird ganz normal bei uns in der Verwaltung auch mit der nötigen Schnelligkeit abarbeiten, das kann ich

Ihnen zusagen. Aber wann sie kommt, dass kann ich Ihnen nicht zusagen und werde ich auch nicht tun.

Frau Ewert

Wenn Sie mit Nachdruck arbeiten, ist das doch ein ziemlich langer Zeitraum bis nächste Woche, das verstehe ich dann nicht, dass Sie das nicht zusagen können. Sie kennen doch Ihren Stellenplan. Sie müssen doch wissen, was Sie vorhaben und es kann für sie nicht schwierig sein, dass sehr schnell zu beantworten und sehr schnell ist es na nicht einmal, wenn es bis zum 30. dauern dürfte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich kann jetzt meiner Antwort nichts mehr hinzufügen.

Frau Ewert

Ja, das ist sehr transparent. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Gerne.

Weitere Anfragen?

Herr Bönisch

Dann möchte ich nochmal fragen. Meinen Sie denn tatsächlich, ob das, dass diese Art der Antwort geeignet ist, die Verpflichtungen zu erfüllen, das heißt ja, mündliche Anfragen werden, sofern sie nicht beantwortet werden können, schriftlich beantwortet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Genau.

Herr Bönisch

Aber Sie sagen jetzt. Sie machen es schriftlich, heißt das, Sie können die Anfrage nicht praktisch stellen, so wie Sie den Stellenplan entwerfen, die jetzt nicht bekannt worden, heißt das das wirklich?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Es heißt so, wie ich es gesagt habe. Ich habe die Möglichkeit, schriftlich zu antworten.

Herr Bönisch

Aber nur, wenn Sie jetzt nicht können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Komplexheit dieser Sache erfordert es, dass ich Ihnen das schriftlich beantworte und diese Möglichkeit ist mir jederzeit gegeben. Und deshalb kriegen Sie alle eine schriftliche Antwort. Genauso wie sie da eine Antwort bekommen haben, kriegen sie auch auf Ihre weiteren Fragen diesbezüglich eine schriftliche Antwort.

Herr Bönisch

Hier hat es sechs Wochen gedauert, Herr Dr. Wiegand, das ist ...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Okay, weitere Fragen dazu?

Anfragen zu dem Punkt, weitere mögliche Anfragen?

Das ist nicht der Fall.

zu 10 Anregungen

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Anregungen? Gibt es Anregungen von Ihrer Seite? Herr Häder.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Ob eventuell mal irgendjemand. Also wenn der Fahrstuhlmensch da ist, mal fragen kann, ob da nicht noch einen zweiten Gang gibt bei diesem Fahrstuhl. Also es dauert ja wirklich gefühlte drei Minuten vom Erdgeschoss in die dritte Etage zu fahren. Ob man dann vielleicht mit einer regelmäßigen Wartung mal gucken kann, ob da irgendwie noch eine etwas höhere Geschwindigkeit gibt. Weil das ist wirklich irre, wie lange man braucht, um mit diesem Fahrstuhl. Man kommt ja leider nicht anders in die dritte Etage, also es sei denn. Jetzt die Fraktionsmitarbeiter, die Schlüssel haben für die Tür.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Okay. Herr Neumann.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft

Nehmen wir mit, unbedingt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Gut.

Herr Bönisch

Ja, ich möchte mal fragen. Sie hatten zwar anfangs angekündigt, dass der Stau in unseren Protokollen demnächst abgearbeitet werden soll, aber ich frag mal, bis wann soll es denn wirklich erledigt sein.

Und wie konnte es denn zu solch einer Stauung überhaupt kommen? Das ist mir völlig unverständlich, weil, eigentlich bauen ja mitunter die Diskussionen in dem einen Hauptausschuss gerade auf der Diskussion im anderen Hauptausschuss auf.

Und da war`s, wir hatten ja teilweise auch mündliche, also Wortprotokolle angefordert und ja, natürlich nicht bekommen, sodass man das auch nicht gut kann. Wie kann es dann dazu kommen, dass wir so einen Stau an Protokollen haben?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das liegt aus der alten Zeit meiner Vorgängerin. Da ist der Stau schon übernommen worden. Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Mitarbeiterin dort auch in dem Bereich längere Zeit krank war. Aus bestimmten Gründen Protokolle auch nicht angefertigt werden konnten.

Ich kann Ihnen auch nur versprechen, wie ich es eingangs gesagt habe, dass wir diesen Stau jetzt ebenfalls mit allen Kräften, die wir zur Verfügung haben abbauen und das es dann wieder ordnungsgemäß läuft.

Wir haben diesen Stau bereits übernommen und ich teile da Ihre Auffassung Herr Bönisch.

weitere Fragen? Das ist nicht der Fall, weitere Anregungen?

Das ist auch nicht der Fall.

Dann wären wir mit dem öffentlichen Teil soweit durch und ich bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Ende Wortprotokoll

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Anja Schneider
Protokollführerin